

BERLINER RUNDSCHAU



BÜRGERKONVENT MIT THOMAS DE MAIZIÈRE

HAUPTSACHE HAUPTSTADT

DIE MEINUNG DER MITGLIEDER

„Berlin gehört nicht der SPD“

„Der von der SPD formulierte Anspruch ‚Politik für die gesamte Stadt‘ zu gestalten, hat mit der rot-rot-grünen Wirklichkeit zur Zeit sehr wenig zu tun.“ Das stellten die CDU-Landesvorsitzende Monika Grütters und Fraktionschef Florian Graf in ihrem Namensartikel „Berlin gehört nicht der SPD“ für den Tagesspiegel klar.

Sie reagierten auf einen Beitrag von Michael Müller, Regierender Bürgermeister und SPD-Chef, und SPD-Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh. Diese übten deutliche Kritik am Koalitionspartner und behaupteten, die SPD sei der „Kitt, der die Stadt zusammenhält“.

Den vollständigen Beitrag finden Sie auf <http://bit.ly/2pzMzZ6> oder im Tagesspiegel vom 10. Mai.



Ganz offiziell wurde es, als die Vertreter Berlins und des Bundes den neuen Hauptstadtfinanzierungsvertrag unterzeichneten. Eine der vier Unterschriften stammt von der CDU-Landesvorsitzenden Monika Grütters, die als Staatsministerin für Kultur und Medien unterschrieb.

Grütters: „Nicht immer, wenn der strenge Finanzminister im Spiel ist, gibt es zufriedene Gesichter, aber wenn sich Wolfgang Schäuble mit Berlin befasst, dann kann das nur gut werden.“ Damit spielt Monika Grütters auf den unvergessenen und als

entscheidend betrachteten Redebeitrag Schäubles beim Hauptstadtdeschluss des Deutschen Bundestages 1991 an. Und tatsächlich: Das Ergebnis des neuen Vertrages kann sich sehen lassen.

„Für die nächsten zehn Jahre insgesamt summiert sich das Paket auf zwei Milliarden Euro insbesondere für die Kultur und für die Sicherheit. Berlin kommt eine herausragende Rolle in der

Kulturpolitik zu, profitiert die Wahrnehmung Deutschlands doch gerade von der Strahlkraft der Hauptstadt: Was hier kulturell gelingt, wird in den Augen der Welt dem ganzen



CDU-Landesvorsitzende Monika Grütters unterschreibt den Hauptstadtdeschlussvertrag

Land gutgeschrieben“, sagt die CDU-Politikerin.

Symposium: „Wohnen für alle“

Während die CDU-Fraktion ein Symposium zum Thema „Wohnen für alle“ abhält, gibt die Regierungspartei DIE LINKE den Investoren-Schreck. Die „linke Baubrigade“, wie der Tagesspiegel titelte. So forderte die Koalitionspolitikerin Katalin Gennburg, dass man Hausbesetzungen entkriminalisieren soll. Das hätte sie „sehr gerne im Koalitionsvertrag durchgesetzt“. Der Kurzzeitstaatssekretär der Linken und jetziger Fraktionsmitarbeiter Andrej Holm bezeichnet das Besetzen von Häusern ohnehin als „soziale Praxis“, die „zeitgemäß“ sei. CDU-Generalsekretär

Stefan Evers hält dagegen: „Scheitert die Linkskoalition mit ihrer Wohnungspolitik, dann scheitert unsere wachsende Stadt.“ Evers, zugleich Sprecher für Stadtentwicklung seiner Fraktion, betont: „Die neuesten Zahlen alarmieren. Die Baugenehmigungen im Wohnungsbau sind in den ersten drei Monaten des Jahres drastisch zurückgegangen.“

Sicherheitspaket beschlossen

Beindruckend, was die CDU/CSU-Fraktion ihrem Koalitionspartner im laufenden Wahlkampfjahr alles hat abringen können. So hat die CDU-geführte Koalition im Bundestag beschlossen: Es gibt mehr Schutz für die, die uns schützen. Das Strafrecht wurde bei Angriffen gegen Sicherheitskräfte verschärft. Es gibt Fußfesseln für Extremisten. Unsere Polizisten brauchen die beste Technik. Mit der Reform des BKA-Gesetzes wird nun der rechtliche Rahmen geschaffen. Und die Polizei darf deshalb künftig Fluggastdaten überprüfen.



Rund 300 Interessierte diskutierten an zwölf Tischen über sechs Schwerpunktthemen – beim neuen Bürgerkonvent der CDU Berlin. Das waren die Themen: „Sicherheit im öffentlichen Raum“, „Sicherheit



im ÖPNV“, „Sicherheit zu Hause“, „Sauberkeit und Ordnung“, „Integration und Sicherheit“ sowie „Terror und Extremismus“. Die Landes-

vorsitzende Monika Grütters hatte zum Bürgerkonvent „Lebenswertes Berlin. Aber sicher.“ mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière nach Moabit eingeladen und Berlinerinnen und Berliner aus der gesamten Stadt kamen. Um zu Hause besser geschützt zu sein, forderten die Teilnehmer beispielsweise eine Rauchmelderpflicht und eine Polizeipräsenz rund um die Uhr. Straßen, Plätze und Parks würden sicherer, wenn ebenfalls mehr Polizei sichtbar wäre und Videoüberwachung ausgeweitet würde. Terror und Extremismus ließen sich beispielsweise durch eine bessere Ausstattung und Vorbereitung der

Sicherheitskräfte bekämpfen. Nach den Gruppendiskussionen nahm sich Thomas de Maizière Zeit, um auf die Fragen der Anwesenden



einzugehen. Der Leiter des Zukunftsforums und Senator a.D. Mario Czaja übernahm die Moderation. Der Bürgerkonvent endete mit vielen Ideen - und viel Lob für das Veranstaltungsformat. Fortsetzung folgt.

Die Meinung der Mitglieder

Im Vorfeld des Bürgerkonvents fragte die CDU Berlin nach der Meinung ihrer Mitglieder zur Sicherheit und Ordnung in Berlin. 87% leben danach gern oder sehr gern in Berlin, zugleich sagen 28%, dass sich die Lebensqualität in den vergangenen fünf Jahren eher verschlechtert hat, weitere 9% sehen sogar eine deutliche Verschlechterung. 77% fühlen sich alles in allem in ihrem Kiez sicher, 14% von ihnen sogar sehr sicher. Als größte Ärgernisse in der Stadt benennen die Teilnehmer „aggressives Betteln“ (55%), „Graffiti und Schmierereien“ (47%) und Verschmutzung durch Hundekot (37%). Gleichzeitig beklagen vor allem die älteren Umfrageteilnehmer das Fehlen ausreichender öffentlicher Toiletten.

3:0 FÜR DIE CDU

Martin Schulz ist selbst schuld. Nach der verlorenen Wahl im Saarland hat er das Bild vom 0:1 gebraucht, um den Rückstand der SPD in der Wählergunst zu beschreiben. Nun folgten mit den Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen die weiteren Gegentore.



Es begann am 26. März. Die CDU Saar mit Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer an der Spitze ließ die SPD mit 40,7% weit hinter sich. Die Sozialdemokraten kamen nur



auf 29,6%. Auch in Schleswig-Holstein gewann die CDU deutlich. Spitzenkandidat Daniel Günther und seine Partei haben nun alle Chancen, für frischen Wind in Deutschlands Norden zu sorgen und die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Zwei Wochen später das Drei-zu-Null. Nordrhein-Westfalen, das die SPD gerne als ihre Herzkammer



bezeichnet, hat Armin Laschet und seiner CDU den Regierungsauftrag und der SPD eine gehörige Watsche erteilt. Aber: Die Bundestagswahl entscheidet sich am 24. September – nicht bei den Wahlen oder Umfragen davor. Und trotzdem: Man denke nur einmal an die Siegesmeldungen der SPD, wenn es bei den Landtagswahlen anders ausgegangen wäre.

Quo Vadis Tegel? Auf dem Weg zum Volksentscheid



Drei Monate vor dem Volksentscheid über die Zukunft des Flughafens Tegel am 24. September können die Mitglieder der CDU Berlin in einem Mitgliederentscheid darüber abstimmen, ob die Berliner Union sich für oder gegen die Offenhaltung von Tegel positionieren soll. Die Initiative dazu ging von der Landesvorsitzenden Monika Grütters aus, die die Beteiligung der Mitglieder stärken will. „Gerade in grundsätzlichen Fragen wie dieser halte ich das für angebracht“, so

Grütters. „Die abschließende Entscheidung über die Positionierung der Berliner CDU zur Offenhaltung von Tegel ist bei unseren Mitgliedern in guten Händen.“



Begleitend zu der Abstimmung werden die über 12.000 CDU-Mitglieder fun-

diert über pro&contra einer Offenhaltung informiert. Zur Vorbereitung des Mitgliederentscheids veranstaltete die CDU Berlin ein mehrstündiges Fachgespräch zur Zukunft des Flughafens Tegel. Gemeinsam mit Experten aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Vertretern der Fluggesellschaften und Luftverkehrsexperten diskutierte der Generalsekretär der CDU Berlin, Stefan Evers, rund um die Frage, ob und wie eine Offenhaltung des Flughafens Tegel möglich

und sinnvoll ist und wie die Stadt auch von einer Nachnutzung profitieren würde. Die Ergebnisse und Argu-



mente aus der Diskussion werden nun als Entscheidungsgrundlage für die Mitglieder vorbereitet.



Alles neu macht der Mai – das gilt auch für den neuen Newsletter der CDU Berlin. Unter dem Namen „Blickpunkt Berlin“ gibt es immer freitags frische Informationen aus Politik und Gesellschaft. Noch nicht angemeldet? Dann wird es Zeit! Schreiben Sie eine E-Mail an cduberlin@cduberlin.de
V.i.S.d.P.: CDU Landesverband Berlin, Dirk Reitze, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin;
Redaktion: D. Reitze, J. Pietsch, G. Schmelter; Satz/Bild: S. Liefländer; Fotos: D. Reitze, privat, iStock@vspn24, L. Chaperon, T. Koch, iStock@Peshkova, D. I. Franke



Die Entscheidung zu Beginn der Veranstaltung war eindeutig. Auch die Mehrheit des Bürgerkonvents „Lebenswertes Berlin. Aber sicher.“ wünscht sich die Ausweitung der dauerhaften Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen. Dieses Ziel verfolgt auch die Online-Petition „Videoüberwachung jetzt!“. Hier unterschreiben: www.openpetition.de/!videoueberwachung